

Die BV-Sitzung im Rodenkirchener Rathaus dauerte wieder einmal knapp 5 Stunden. Neben 20 Anträgen standen insgesamt 9 Beschlussvorlagen der Verwaltung auf der Tagesordnung, einige davon erreichten uns sehr kurzfristig. Insbesondere die umfangreiche Vorlage zum erweiterten Planungsbeschluss der P+R-Anlage am Verteilerkreis (Bonner Straße) konnte nicht angemessen vorbereitet werden, zumal ein alternativer Beschlussvorschlag angeboten wurde. Daher werden wir uns damit in der kommenden Sitzung Anfang Dezember befassen. Auch die Vorlage zur Änderung der Kölner Stadtordnung wurde wegen Beratungsbedarfs vertagt.

Manche Redebeiträge seitens SPD und CDU waren geprägt von Befindlichkeiten, Missverständnissen und persönlichen Eitelkeiten. Wir wünschen uns daher für 2017, dass die Sacharbeit insbesondere während der Wahlkämpfe nicht völlig zur Nebensache gerät.

Über viele Anträge wurde erneut unnötig lange diskutiert. So zum Beispiel über den Grünen Antrag zur Einrichtung eines Runden Tisches Radverkehr in Rodenkirchen. Hier wurde seitens des Bezirksbürgermeisters Homann zum wiederholten Mal der Fahrradbeauftragte beschimpft, der angeblich Schuld daran sei, dass der am 27. September stattgefunden interne Termin zum Thema „Radverkehrskonzept Rodenkirchen“ ergebnislos geblieben ist. In Wirklichkeit lag dies aus Sicht der GRÜNEN an der mangelnden Vorbereitung und der nicht zielführenden Kommunikation des Bezirksbürgermeisters mit der Fachverwaltung. Letztendlich wurde der Antrag jedoch mit großer Mehrheit beschlossen.

Auch unsere anderen Grünen Anträge, welche sich mit dem Erhalt der Allee im Nibelungenweg, dem Erhalt der Bäume an der Josef-Kallscheuer-Straße, den geplanten Baumfällungen und Ersatzpflanzungen auf dem Areal der Deutschen Welle, der überfälligen Errichtung eines Fahrgastunterstands in Sürth und der Einbeziehung der BV in die Erstellung des Regionalplans befassten, wurden ohne gravierende Änderungen beschlossen.

Schon in der September-Sitzung war die Schulpolitik ein wesentliches Thema. Unser damals gemeinsam mit den anderen Fraktionen eingebrachter Antrag, die Erhöhung der Züge nur temporär durchzuführen sowie die Hauptschule Ringelnatzstraße so lange zu erhalten, bis ein funktionierender Ersatz erstellt ist, wurde vom Schulausschuss und vom Rat abgelehnt! Auf Bezirksebene hat aus diesem Grund Anfang Oktober ein Gespräch mit der Schulverwaltung und allen Schulleitungen des Bezirks stattgefunden. Auch der Schulverwaltung ist die Dringlichkeit des Neubaus von zwei weiterführenden Schulen (Rondorf und Parkstadt Süd) klar. In der Bezirksvertretung gibt es dazu eigentlich Einigkeit. In der BV-Sitzung ist die CDU aber nun mit zwei Anträgen zum Bau von Grund- und weiterführenden Schulen vorgeprescht und wollte es so darstellen, als ob nur die CDU die Schulbauten vorantreiben wollte. Außerdem legt die CDU großen Wert auf die Festlegung, dass eine der beiden weiterführenden Schulen ein Gymnasium werden müsse – der Wahlkampf scheint bereits eröffnet. Durch einen Ersetzungsantrag aller anderen Fraktionen konnte die CDU dazu bewegt werden, die beiden Anträge zurückzuziehen. Wir appellieren an die CDU-Fraktion in Rodenkirchen, sich nicht von ihren Direktkandidaten und Ortsverbänden instrumentalisieren zu lassen.

Die Vorstellung des Berichts zum Kinder- und Jugendförderplan machte deutlich, dass sowohl in Rodenkirchen, als auch in Rondorf/Meschenich und Bayenthal/Marienburg Grundstücke und Gebäude für neue Jugendfördereinrichtungen gesucht werden. Zudem konnten die Mittel für Streetwork aufgestockt werden, welche vor allem in Meschenich dringend benötigt wird. Auch die Schulsozialarbeit wird sukzessive ausgebaut; in unserem Bezirk gibt es leider noch nicht an jeder Schule eine Schulsozialarbeiter*in, weshalb wir nach den Kriterien für die Verteilung gefragt haben.